



„Wir fordern Erweiterung der Mitbestimmung“

Referat des ehem. DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg
anlässlich der Kundgebung „Mitbestimmung“

der IG Chemie-Papier-Keramik

am 6. Oktober 1965 in Dortmund

Ludwig Rosenberg

g 4464 FES 11.11.70

**Wir fordern
Erweiterung der
Mitbestimmung**

Stempel
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Referat anlässlich der Kundgebung
»Mitbestimmung«
der IG Chemie-Papier-Keramik
am 6. Oktober 1965 in Dortmund

A 3731

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Mitbestimmung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großbetriebe gefordert, die als Kapitalgesellschaften geführt werden. Er hat bisher darauf verzichtet, Einzelheiten oder feste Pläne zur Verwirklichung dieser Forderung zu verkünden. Der DGB hat allerdings nachdrücklich festgestellt, daß es keinen Stufenplan für die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung gibt. Es ist außerdem nicht daran gedacht, die qualifizierte Mitbestimmung zu irgendeinem Zeitpunkt über den Kreis der Großunternehmen hinaus auszudehnen. Dadurch, daß der DGB sich darauf beschränkt, die prinzipielle Forderung nach Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung zu erheben und zu begründen, will er eine sachliche und von Detailfragen unbelastete Diskussion mit allen Kräften unserer Gesellschaft ermöglichen, die die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft grundsätzlich bejahen.

Ein Teil der deutschen Unternehmerschaft hat sich in den letzten Tagen eindeutig als Gegner der Mitbestimmung zu erkennen gegeben. Das Angebot der Gewerkschaften zu einer sachlichen Diskussion wurde mit unwahren Behauptungen, mit demagogischen Verdrehungen und böswilligen Unterstellungen beantwortet. Mit aller Schärfe weist der DGB die wider besseres Wissen aufgestellten Behauptungen zurück, daß die Gewerkschaften bei der Durchsetzung der Mitbestimmung Gewalt gegen das Parlament anwenden, die Wirtschaftsordnung untergraben und gegen das Gesetz handeln wollen.

Der DGB erneuert die Erklärung, die sein Vorsitzender Ludwig Rosenberg bei seiner Rede in Dortmund am 6. Oktober 1965 abgegeben hat, daß die Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung nur mit demokratischen Mitteln und gesetzlichen Methoden verwirklicht werden soll.

Aus dieser demokratischen Verantwortung, die die Gewerkschaften seit jeher bewiesen haben, wiederholt der Deutsche Gewerkschaftsbund sein Angebot, die Diskussion über die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung in Sachlichkeit und Offenheit zu führen. Er ist sicher, daß sich diesem Angebot insbesondere die im Bundestag vertretenen politischen Parteien, die Kirchen, die Wissenschaft und die Publizistik nicht versagen werden. Er hofft darüber hinaus, daß sich auch in den deutschen Unternehmerverbänden die Einsicht durchsetzt, daß eine Fortsetzung der von gewissen Unternehmerkreisen begonnenen Diffamierungskampagne eines demokratischen Staatswesens unwürdig ist und für seinen Bestand gefährlich werden kann.

Düsseldorf, 8. Oktober 1965

Referat Ludwig Rosenberg

Diese Kundgebung der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik hat eine über den Rahmen dieser Organisation hinausgehende Bedeutung. Sie ist Teil eines Vorhabens, das die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung angeht, und eines Zieles, das sich alle 16 Gewerkschaften Im Deutschen Gewerkschaftsbund gestellt haben und das von ihnen gemeinsam und mit voller Energie und ganzer Kraft vertreten wird:

das Ziel, die volle wirtschaftliche und soziale Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Großbetrieben der deutschen Wirtschaft zu verwirklichen.

Vieles ist über diese Zielsetzung bereits in der Öffentlichkeit gesagt und geschrieben worden. Viele Pläne und Vorstellungen wurden erörtert. Manche Gegner dieser Zielsetzung haben Pläne und Ziele bekämpft, die es gar nicht gab. Oft wurde recht leidenschaftlich über diese Fragen diskutiert, ohne daß viele wirklich wußten, worüber sie eigentlich diskutierten.

Es ist in dieser, wie in so vielen entscheidenden Fragen, vorerst einmal wichtig zu klären, ob man überhaupt bereit ist, diese Zielsetzung zu bejahen. Ist diese Frage erst einmal entschieden, dann wird über Form und Methode eine Einigung immer möglich sein. Es ist aber sinnlos, mit Leuten über die Durchführung dieses Planes zu diskutieren, die ihn in keinem Fall verwirklichen wollen. Hier ist zunächst und zuerst an die Politiker und an die Öffentlichkeit diese Frage zu stellen und zu beantworten: Wollen Sie die volle wirtschaftliche und soziale Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Großbetrieben unserer Wirtschaft? Ja – oder Nein!

Hier ist eine klare Antwort auf eine klare Frage zu geben. Lautet die Antwort Nein, dann brauchen wir uns nicht mehr darüber zu unterhalten, wie diese Mitbestimmung aussehen könnte. Wir werden uns aber dann mit dieser Antwort keineswegs abfinden, sondern mit allen gesetzlichen Mitteln versuchen, uns gegen diese Gegner mit demokratischen Mitteln durchzusetzen. Lautet die Antwort Ja, dann werden wir in die Diskussion mit allen eintreten, die dazu bereit sind. Wir werden alle Argumente ernsthaft prüfen, alle Vorschläge sachlich wägen – genau wie wir erwarten, daß unsere Argumente und Vorschläge sachlich und ernsthaft geprüft werden.

Das also ist die Situation, in der wir uns befinden: Hier ist die Forderung nach Ausdehnung der vollen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen.

Auf diese Frage muß geantwortet werden!

Klar und unmißverständlich!

Die Öffentlichkeit kann erwarten, daß wir zunächst unsere Forderung begründen. Sie kann von uns verlangen, daß wir ihr erklären, warum wir gerade diese Forderung stellen und weshalb wir sie heute stellen.

Der Gedanke der Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist nicht neu. Er wurde schon lange vor 1933 geboren und in den verschiedenen Anfangsformen praktiziert, bis er schließlich nach 1945 in der Form Gestalt annahm, wie wir ihn in der vollen Mitbestimmung in der Montan-Industrie und in der nach unserer Meinung unvollkommenen Form des Betriebsverfassungsgesetzes in der Bundesrepublik kennen.

Der Grundgedanke, der allen Vorstellungen der Mitbestimmung zugrunde liegt, ist in wenigen Worten umrissen.

Eine wahre Demokratie beschränkt sich nicht auf den politischen Sektor. Man kann nicht gleichzeitig im politischen Bereich ein freier Bürger und im wirtschaftlichen Bereich ein Untertan sein. Gerade im täglichen Leben, im Betrieb und allen jenen Funktionen, die unseren Lebensablauf vor allem bestimmen, muß die aktive Mitwirkung aller sich nicht nur im Tun, sondern auch im Planen und Bestimmen darstellen.

Wenn es wahr ist, daß die Wirtschaft unser Schicksal ist, so ist es notwendig, daß wir alle über unser Schicksal mitbestimmen.

Das bedeutet nicht daß wir über alles und jedes eine Urabstimmung veranstalten. Das tun wir ja auch nicht in der Politik.

Das bedeutet aber, daß wir durch unsere gewählten Vertreter über alle wichtigen Vorgänge unterrichtet werden und durch sie an den wesentlichen Entscheidungen mitbestimmend wirken.

Wer in diesem Zusammenhang davon spricht, daß doch nicht jeder befehlen kann, daß es doch eine Trennung von Leitung und Ausführung geben muß, daß es doch ohne eine gewisse Stufenordnung nicht geht, der will nicht sehen, worum es sich wirklich handelt.

Mitbestimmen heißt nicht allein bestimmen. Mitbestimmen heißt nicht, daß alle über alles bestimmen.

Mitbestimmen heißt nicht, daß alle dazwischenreden und keiner etwas zu sagen hat, weil alle etwas zu sagen haben wollen.

Das wissen jene Leute, die diese dummen Argumente immer wieder anbringen, sehr wohl.

Aber sie wissen auch, daß Mitbestimmung auch das Ende des Herrn-im-Hause-Standpunktes bedeutet, das Ende der unumschränkten Diktatur einer Gruppe und die Realisierung dessen, was man die soziale Verpflichtung des Privateigentums nennt; daß es das Ende dessen bedeutet, was man als die traurigsten Reste eines längst überholten krassen Liberalismus in der Wirtschaft bezeichnen kann, und daß es das mit voller Absicht und vollem Bewußtsein auch bedeuten soll. Und weil sie das wissen – darum sind sie dagegen! Und ein Weiteres:

Wir alle wissen, daß die moderne Technik und die internationale Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu immer größerer Konzentration in der Wirtschaft zwingen. Nicht alle Konzentration, die wir heute wachsen sehen, ist wirtschaftlich sinnvoll und technisch notwendig.

Aber es ist kein Zweifel, daß manche Konzentration durchaus dem Sinn und dem Wesen unserer modernen Wirtschaft entspricht. Wir sind keine Maschinenstürmer und widersetzen uns nicht dem, was sinnvoll ist. Wir haben aber aus der Erfahrung gelernt, daß solche Konzentration wirtschaftlicher Macht unabwendbar auch politische Macht bedeutet, daß sie wirtschaftlich beherrschend und politisch nicht ohne Wirkung ist.

Ist es da nicht zulässig, ja ist es nicht sogar im Gesamtinteresse geboten, diese Macht einer ausgleichenden Kontrolle zu unterwerfen, die allein dadurch gegeben ist, daß hier verschiedene Gruppen bei weitgehend gemeinsamen Interessen doch sich gegenseitig kontrollieren?

Wir glauben, daß dies eine legitime Aufgabe ist, die neben den staatlichen allgemeinen Kontrollen die gegenseitige Kontrolle der Mitbestimmung in der betrieblichen Zusammenarbeit geradezu als ideale Form anbietet.

Wer da die Meinung vertreten sollte, daß es solcher Kontrollen nicht bedarf, da ja die Gefahr politischen Mißbrauchs nicht bestehe, der hat offenbar ganz vergessen, was wir in unserer jüngsten Vergangenheit erlebten.

Aber er braucht gar nicht bis vor 1933 zurückzugehen, um sich des massiven politischen Einflusses zu erinnern, den das, was sich so anmaßend „die Wirtschaft“ nennt, auch heute noch – oder wieder– auszuüben versucht und tatsächlich ausübt. Und wer bestreiten will, daß auch die Gefahr des wirtschaftlichen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht besteht, möge sich der Praktiken mancher marktbeherrschender Unternehmen gegenüber den Mittel- und Kleinunternehmen und gegenüber den Verbrauchern erinnern.

Er wird nicht lange dazu brauchen, um einzusehen, daß es sehr wohl Mißbrauch wirtschaftlicher Macht nicht nur geben kann, sondern tatsächlich gibt, und daß auch hier die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ein – nur eines und nicht das allumfassende – Mittel zur Minderung solchen Mißbrauches darstellt. Und ein weiteres, sehr entscheidendes Argument, das uns veranlaßt, diese Forderung zu stellen:

Wir leben in einer Welt, in der technischer und wirtschaftlicher Fortschritt das Bild unserer Umwelt ständig verwandelt. Wir leben in einer Zeit, in der die alten Formen sich in rasendem Tempo verändern und wir in einer Generation Wandlungen erleben, wie sie in Jahrhunderten vor uns nicht denkbar waren. Mit dieser Entwicklung können wir nicht Schritt halten, wenn wir uns an Vorstellungen klammern, die alten Schablonen und anderen Zeiten entstammen. Manches davon mag auch jetzt noch sinnvoll sein, manches uns Anhaltspunkte für unsere Überlegungen geben – aber mit den Patentlösungen vergangener Jahrhunderte

können wir die Gegenwart und ganz gewiß die Zukunft nicht meistern.

Das einzige, was uns wirklich gewiß ist, ist die Tatsache, daß sich in den kommenden Jahrzehnten das Bild der Welt technisch, wirtschaftlich,

und in jeder anderen Beziehung grundlegend verändern wird; wahrscheinlich nicht nur einmal, sondern in ständigem Wechsel. Das war natürlich schon immer so, aber es geschah in sehr großen Zeitspannen. Und innerhalb dieser sehr langen Zeitspannen konnte man sich für eine relativ sehr lange Zeit auf einen bestimmten Zustand einrichten.

Heute geht das alles so schnell, so überstürzt, so unheimlich geschwind vor sich, daß es einer viel größeren Beweglichkeit bedarf, wenn man nicht von den Ereignissen überfahren werden will und mit ihnen auch nur Schritt halten soll. Ganz abgesehen davon, daß Schritt halten nicht genügt, sondern daß wir sie ja beeinflussen und gestalten sollten.

Gelingt es uns nicht, ständig der Entwicklung der Technik und ihrer Konsequenzen Herr zu werden und zu bleiben, so werden wir tatsächlich Knechte und schließlich Opfer unserer eigenen Erfindungen sein und eine technisch vollendete Barbarei erleben, wie sie uns schon in furchtbarer Weise in der Form der modernen Diktatur bekannt ist.

Das wäre dann das Ende der Freiheit, der Menschenwürde; und der Beginn eines Zeitalters, in dem die Technik zum Götzen wird, dem sich alles im Zeichen einer sinnlos gewordenen Jagd nach Produktionsziffern und immer mehr technischer Vollkommenheit als Selbstzweck unterwirft.

Ein Ameisenstaat, in dem alles hervorragend geplant ist, alles wie am Schnürchen läuft – und der Mensch nur ein Teil einer Riesenmechanik geworden ist, und alles verliert, was ihn zum Menschen und das Leben lebenswert macht.

Dieser Entwicklung Herr zu werden und Herr zu bleiben, ist nur möglich, wenn man die ständige technische Revolution mit einer ständigen gesellschaftlichen Evolution verbindet. Denn nur wenn es gelingt, den Arbeitnehmer so in Wirtschaft und Gesellschaft zu integrieren, daß er wirklich Teil von beiden ist und beide als Teil seines Lebens empfindet, wird das Abgleiten in totalitäre Formen – gleich welcher Art – verhindert werden.

Um es ganz deutlich zu sagen: Diese Wirtschaft und diese Gesellschaft müssen sich ständig und friedlich wandeln – oder sie werden durch revolutionäre Explosionen gewandelt werden. Wenn wir den evolutionären, den friedlichen Weg bewußt beschreiten, dann wird es uns gelingen, das kostbarste und unveräußerliche Gut der persönlichen Freiheit, der Menschenwürde, der demokratischen Selbstbestimmung zu bewahren. Vieles mag sich trotzdem ändern. Eigentum und sein voller und uneingeschränkter Gebrauch, manche Formen der Demokratie und manche Formen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Aber worauf es einzig und allein ankommt, das wird erhalten bleiben:

die persönliche und kollektive Freiheit,
der Grundbegriff des Eigentums
und sein rechter und gerechter Gebrauch,
die Wahrung der Würde jedes einzelnen
und die Erhaltung der ewigen Grundrechte und des Rechts.

Wer in diesen Jahren nicht erkennt, daß alles das nur zu erhalten ist durch eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, in der die überwiegende Masse der Menschen – • nämlich die Arbeitnehmer – sich wirklich als Teil dieses Ganzen fühlen, in der sie selbst mitbestimmen und Verantwortung übernehmen dort, wo diese Dinge sich täglich abspielen:

im Betrieb,
im täglichen Arbeitsleben,
im täglichen gesellschaftlichen Geschehen;

wer das nicht erkennt, ist wahrlich mit Blindheit geschlagen! Er geht mit offenen Augen und wahrscheinlich dummem Hochmut dem sicheren Fall, dem Untergang entgegen.

Wenn nicht aus edleren Motiven – aus einfacher Selbsterhaltung und Klugheit müßte er für die Mitbestimmung sein, das eines der Instrumente ist, jene Integration der Arbeitnehmer zu verwirklichen, von der der Bestand alles dessen abhängt, was unser Dasein vor der Unfreiheit im Totalitarismus jeder Couleur unterscheidet.

Wir sind vermessen genug, zu behaupten, daß sicherlich nicht allein – aber sehr wesentlich – der Bestand unserer gegenwärtigen Ordnung in ihren entscheidenden Wesenszügen davon abhängt, inwieweit die arbeitenden Menschen diese Wirtschaft und diese Betriebe als ihre Wirtschaft und ihre Betriebe ansehen. Davon wird es auf eine längere Sicht abhängen, ob sie bereit sind, diese Form der Wirtschaft zu verteidigen, oder ob sie andere Formen zumindest akzeptieren, da es ihnen gleichgültig erscheint, ob diese oder jene Form, in der sie so oder so nichts zu sagen haben, gerade wirksam ist.

Die ideologische Auseinandersetzung, die durch das Tempo der technischen Entwicklung tatsächlich nur verstärkt wird, wird nicht zuletzt gerade von dieser Frage mit entschieden.

Sie ist vielleicht durch äußeren Wohlstand zeitweise überdeckt – aber es wäre töricht und verhängnisvoll, wollte man sich über ihre Aktualität im Weltmaßstab täuschen.

Das sind einige der wesentlichsten Argumente, die uns bewegen, die Frage der Mitbestimmung immer wieder und gerade jetzt aufzuwerfen. Wir werden sie dem neuen Bundestag präsentieren. Wir werden nicht ruhen, bis sie beantwortet ist.

Sie ist nicht Teil unseres Grundsatzprogrammes und wesentlichster Punkt unseres Aktionsprogrammes geworden, nur um deklamiert zu werden. Wir wollen und wir werden diesen Programmpunkt verwirklichen.

Denn die Praxis hat bereits gezeigt, daß es geht; .und daß es gut geht!

Komme keiner zu uns und versuche uns zu beweisen, daß die Mitbestimmung die Wirtschaft ruiniert. Der deutsche Wiederaufbau unserer entscheidenden Industrien an Rhein und Ruhr geschah im Zeichen der Mitbestimmung.

Nirgendwo in der Welt ist eine wirtschaftliche Leistung solchen Ausmaßes so schnell, so wirkungsvoll, so imponierend und so friedlich, verlaufen wie da, wo die volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer wirksam war und ist.

Nirgendwo hat sich die Arbeitnehmerschaft so verständnisvoll, so direkt interessiert und am Aufbau teilnehmend gezeigt wie dort, wo sie mitbestimmen und Mitverantwortung tragen konnte. Es gibt kein Industrieland der freien Welt, in dem von den Arbeitnehmern

mehr geleistet,

weniger gestreikt

und mehr Verantwortung bewiesen wurde als hier,

und gerade da, wo die Mitbestimmung wirksam ist. Also erzähle uns keiner die Lügen und Märchen, welche Gefahr für die Wirtschaft die Mitbestimmung bedeuten soll.

Wenn sie dort, wo sie bereits wirksam ist, so gute Ergebnisse zeitigt – warum sollte sie woanders anders wirken?

Wenn es durch den Zufall der politischen Verhältnisse damals nur in der Montanindustrie zur vollen Mitbestimmung kam – warum sollte sie darauf beschränkt bleiben?

Was für die großen Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie und des Bergbaus gut ist, kann für die Großunternehmen der Chemie und anderer Wirtschaftszweige nicht schlecht sein.

Es gibt keinen Grund, die Ausdehnung der vollen Mitbestimmung auf andere Wirtschaftszweige zu verweigern – es sei denn, die ganze Richtung paßt den Herren nicht.

Dieses Argument aber ist keine Antwort auf die Gretchenfrage, wie hältst Du's mit der modernen Demokratie – wie hältst Du's mit der sozialen Verpflichtung des Eigentums in unserer Zeit!?

Wie hältst Du es mit jener Frage, die Professor von Nell-Breuning so beantwortet:

»Das Eigentumsrecht berechtigt den Eigentümer nur zu denjenigen Verfügungen über sein Eigentum, die er allein ohne fremde Hilfe ausführen kann. Bedarf er dazu fremder Hilfe, so verleiht sein Eigentumsrecht ihm keinerlei Rechtsanspruch darauf, daß andere Menschen sich seiner Befehlsgewalt unterwerfen, vielmehr muß er mit ihnen die Bedingungen aushandeln. Diese aber sind befugt, ihre Mitwirkung davon abhängig zu machen, daß ihnen vollkommen gleichberechtigtes Bestimmungsrecht eingeräumt wird.«

An dieser Frage entscheidet sich auch das Ja oder Nein zur evolutionären Fortentwicklung einer modernen freien Gesellschaft. Hier beginnt die eigentliche Auseinandersetzung, die wir nicht scheuen – die wir aber so unmißverständlich führen werden, daß die Fronten eindeutig klar werden zwischen denen, die in wahrhaft reaktionärer Haltung auf dem beharren, was im vorigen Jahrhundert war, und große Teile unserer Erde durch ihre Starrheit, Sturheit und ihr Unverständnis in die Finsternis der Diktaturen stieß,

und denen, die ohne Furcht dem technischen Fortschritt den gesellschaftlichen Fortschritt zur Seite stellen, und es auf sich nehmen, eine neue Welt mit neuen Methoden zu meistern.